

# Finanzkrise - späte Erkenntnisse

*Die Medien sind voll mit dem Geschehen in den Banken. Die Grauzone zwischen Banken und Politik wird ebenso ausgeleuchtet, auch wenn eher die nebensächlichen Aspekte im Vordergrund stehen. Diese Bestandaufnahme kommt vom Nebensächlichen aufs Hauptsächliche, und dabei geraten allerlei schandbare Aktivitäten in den Fokus.*

Die Anglo-Irish Bank gehört zu denen, die sich bei der Bankenkrise 2008 verspekulierten und praktisch pleite waren. Besonderes Augenmerk finden die Gesprächsaufzeichnungen der Manager, die das Thema diskutierten und Staatshilfen einforderten. Die publik gewordenen Aussagen zeigen, wie klar die Banker die Schwäche der Politiker erkannt haben, und wie ihre Erpressungsstrategie funktioniert. *"Die Strategie ist, sie hineinzuziehen, damit sie einen großen Scheck ausstellen. Wenn sie gleich am Anfang merken, welches Ausmaß das hat, würden sie vielleicht sagen, dass das für die Steuerzahler zu teuer wird."* Es geht also darum, die Politiker blindlings hineinzuziehen, denn dann müssen sie dabeibleiben, um das investierte Geld zu schützen. So kann man sie immer tiefer in den Schlamassel hineinzuziehen und immer mehr Rettungsgeld aus ihnen herausholen, und zwar ohne Ende: *"wir zahlen es zurück, wenn wir das Geld haben, nämlich nie."*

Man erkennt zweierlei, nämlich das Wissen um das Ausmaß der Probleme und um die Unbedarftheit der Politiker. Das Ausmaß ist so, dass die Politiker wohl kaum einsteigen würden, wenn sie es erkennen könnten. Dann wäre eine andere Lösung fällig als die bombastischen Rettungsaktionen, nämlich die Lösung der ökonomischen Vernunft: *es geht pleite, was pleite ist, und man kümmert sich um Schadensbegrenzung. Bei den Banken bedeutet das, die Aktionäre verlieren ihren Einsatz, die Manager ihre Pensionszusagen, und die Gläubiger werden nach Ausmaß herangezogen.* Um das zu vermeiden, haben die Bank-Manager eine geschickte Taktik vorgelegt.

- unbedingte Vermeidung von Transparenz - man verschweigt das wirkliche Ausmaß der Defizite
- eiserne Leugnung der vernünftigen Lösung - die Rettung wird als alternativlos hingestellt
- und die Salamtaktik, alles peu a peu zugeben, bis zuviel Geld für einen Rückzug geflossen ist.

## Zahlen dunkler Herkunft

Bezeichnend ist auch, wie die Zahlen ausgewürfelt werden - in dem Fall 7 Mrd. Euro. Die 7 Mrd. waren zugegebenermaßen eine Phantasiezahl, *die der werte Banker sich aus dem Allerwertesten gezogen hat* (irischer Gossenslang). Die Empörung darob blieb nicht aus. Unsere Bundeskanzlerin äußert Verachtung, unser Finanzminister findet es schändlich, und der Ex-Finanzminister auch. Die drei haben allen Grund dazu. Sie wurden schließlich ganz genauso von den Bankern angeschmiert. Das despektierliche Gerede ist schließlich nicht die Hauptsache, sondern die despektierliche Handlung. Überall bei der Bankenrettung finden sich die drei Merkmale des Betrugs.

- es gab keine Transparenz und gibt sie immer noch nicht. Es geht nach dem Prinzip Glauben statt Wissen: *»Informationen über eine drohende Bankenkrise kann die Politik gar nicht haben, da die Banken auch bei Empfang staatlicher Milliardenhilfen keine Pflicht haben, ihre Positionen offenzulegen.«* Und *»Bankmanager profitieren von der Unwissenheit der Politik. Ihre einzige Leistung mag indes darin bestehen, unwissenden Politikern ein Systemrisiko einzureden, ohne Beweise liefern zu müssen.«* Die Lehman-Pleite darf man zwar als Warnung nicht unterschätzen, und es besteht immer das Risiko eines bank runs, wo die Leute ihre Konten auflösen wollen, ehe der Konkurs kommt. Aber je nach Dimension des Problems wird man das in Kauf nehmen müssen. Entweder ist es nicht so fatal wie geglaubt, oder aber so schlimm, dass eine unendliche Rettungsspirale droht, und das ist noch schlimmer als ein bank run.
- in punkto Alternativlosigkeit hat sich die deutsche Euro-Politik besonders übel drankriegen lassen, und zwar über alle Parteien hinweg. Die Retterei war immer so *alternativlos*, alternativloser geht's gar nicht. Nur wenigen Abwechslern war klar, dass diese Aussage reine Ignoranz ist. Im Klartext bedeutet sie, *wir wollen alle Alternativen ignorieren*. Konterkariert wird sie durch die Bewegung in letzter Zeit, wo die ökonomische Lösung des Bankenkurses nicht mehr unaussprechlich ist.
- was dem kritischen Betrachter schon immer suspekt war, sind die Milliardentranchen, die *»benötigt«* werden.

Die waren erkennbar ausgewürfelt, es waren immer runde Zahlen, die auch wenig Bestand hatten. Mag sein, sie wurden nicht wie in Irland aus dem A... gezogen, aber sie kamen aus dem Dunkel. Das heißt, es gab keine sorgfältige Prüfung, wie sie sonst bei Staatsgeld obligatorisch ist. Es gab keine Abwägung gegen andere notwendige Zahlungen und Bürgschaften. Die Zahlen waren bei der Bankenkrise 2008 genauso geschludert wie seither bei der Eurokrise, die ja auch wieder eine Bankenkrise ist.

Symptomatisch war das 55-Mrd.-Malheur, das bei den bad banks passierte. Da hat man sich um diesen Wahnsinnsbetrag verrechnet, und unser Finanzminister hat's verschlafen. Dabei sind es nicht nur die Summen, die Salamischeibe für Salamischeibe immer gigantischer werden. Und es ist nicht nur die Tatsache, dass aus den *»Krediten«* Stück für Stück Geschenke werden. Stets ist die Retterei gekennzeichnet von Versprechungen, die gebrochen werden, Grenzen, die aufgeweicht werden, einmaligen Hilfen, die permanent gemacht werden, vorrangigen Sicherheiten, die nachrangig werden, und Terminen, die nicht eingehalten werden.

## Verachtung, wem Verachtung gebührt

Unausweichliche Schlussfolgerung: Irland ist überall. Die Pleite-Banker haben die Politiker überall belogen und betrogen und in haarsträubende Rettungsanstrengungen verstrickt, bei der Bankenkrise wie bei der Eurokrise.

Die Verachtung für die Banker, die den Politikern sowas aufgehalst haben, ist noch das wenigste. Bloß juristische Konsequenzen hat das anscheinend weder in Irland noch in Deutschland noch sonst wo, obwohl es doch um arglistige Täuschung und Betrug geht. Das betrifft auch die Ackermänner und Draghis, die Deutschland und das ganze Euroland so tief in den Schlamassel gerissen haben. Wo bleibt die Strafverfolgung für diese Missetaten?

Der Ex-Deutschbanker Ackermann stand als Cheflobbyist der Abzocker in vorderster Front der Politikerflüsterer. Viele Jahre hat er auf die Deregulierung hingearbeitet, bis die Folgen davon eintraten, in Form des Bankencrashes 2008. Da hat er die Regierung - die verrückterweise immer noch auf ihn hörte - dazu verleitet, den Banken jede Menge Geld zu geben. Das Geld musste bei der Finanzwirtschaft gepumpt werden, mit der perversen Folge, dass der Staat der Finanzwelt zusätzlich zu den Geschenken auch noch Zinsen zahlt.

Der aktuelle Schutzpatron der Abzocker ist der EZB-Chef Draghi, dessen einschlägige Historie in der Abzocker-Bank Goldman Sachs beginnt. Nun hat er die Europäische Zentralbank in einen Bankenbeglückungsverein umgewandelt, indem er den Banken auf vielerlei Weise Geld zuschanzt: »Liquiditätshilfen« = Kredite ohne Zinsen gegen faule Sicherheiten, dazu *Aufkäufe von Staatsanleihen*, die der Markt nicht haben will, und Zusagen für weitere solche Aufkäufe, ironisch »Draghi-Puts« genannt = geschenkte Absicherungen. Das alles im Einvernehmen mit den Euro-Spitzenpolitikern.

Was ist nun mit diesen Dilettanten, die sich so schändlich einseifen lassen und die das Geld der Allgemeinheit so schlecht schützen? In Deutschland sind das namentlich der Ex-Finanzminister Steinbrück, der Finanzminister Schäuble und die Bundeskanzlerin Merkel. Diese drei trifft hierzulande die schwerste Schuld an der Umverteilung von unten nach oben, und ihnen gebührt fast dieselbe Verachtung wie den betrügerischen Banklobbyisten. Es ist einfach zu schlimm, wie unkompetent unsere Politiker mit den Problemen umgegangen sind. Dabei wäre es schon bei sachverständiger Handlungsweise schlimm genug geworden.

## Kleine Krisenkunde

Die *Bankenkrise* von 2008 war das Produkt von betrügerischen Immobilienderivaten, hinter denen Millionen von amerikanischen Hausbaukrediten steckten. Die »Verbriefungen« verschleierten, dass ein großer Teil davon notleidend war, eine gigantische Fehlleistung der amerikanischen Wohnungsbaupolitik. Das ging nach dem politischen Motto *gut gewollt und schlecht gekonnt* und führte zu einer gewaltigen Fehlzuteilung von Geld. Jedermann sollte ein Haus bauen können, auch Leute ohne Geld und Einkommen. Häuslebauen zu 100 % auf Pump funktioniert natürlich nur so lange die Immobilienpreise steigen. Dann finanziert sich das Haus quasi von allein, bis zum Ende der Boomphase. Sobald die Preise sinken, brechen die Finanzierungen zusammen, die Einkommenslosen ziehen aus, und die Häuser stellen sich als unverkäuflich heraus, weil viel zu optimistisch kalkuliert. Die Papiere mit diesem Crashpotential hießen deshalb *subprime* (dreiviertelfaul). Der Betrug lag darin, dass sie mit dem besten Rating AAA verkauft wurden. AAA-subprimes ist ein Synonym für Betrug. Diese AAA-subprimes überschwemmten die gierige Welt und verloren prompt zum Ende des US-Immobilienbooms ihren Wert. Folge: die Bankenkrise. In Irland übernahm sich der Staat bei den Rettungsversuchen und wurde zahlungsunfähig.

Die *Eurokrise* ist eine gigantische Fehlleistung der europäischen Ideologen, die an allen Warnungen der Ökonomen vorbei unsere Währung *Euro* geschaffen haben. Wieder ging es nach dem politischen Motto *gut gewollt und schlecht gekonnt*, weil es für den Euro keine tragfähige wirtschaftliche Grundlage gab und gibt. Was als Mittel zur europäischen Einigung gedacht war, erwies sich als ökonomischer und sozialer Sprengstoff. Was vorher durch Auf- und Abwertung der Währungen korrigiert wurde, war nun nicht mehr regelbar. Die europäischen Südländer verloren ihre Wettbewerbsfähigkeit und konnten sie nicht mehr durch Abwertung zurückerlangen. Nach ein paar Jahren fiel die Schieflage der (Target-2-) Bilanz auf, und erst als es zu spät war, bemerkte man die Fehlanreize, die aus dem Euro erwachsen. Überdimensionale Schulden zum Beispiel in Griechenland, weil die Zinsen nur ein Bruchteil von dem waren, was (richtigerweise) unter der Drachme zu zahlen war - schließlich war die griechische Politik durch den Euro nicht solider geworden. Die deutsche Politik war weniger unsolid und erntete dafür zehn Jahre Wirtschaftsschwäche für Deutschland mit Exportüberschuss, sprich Konsumverzicht für die heimische Bevölkerung. Nach zehn Jahren Euro war es dann so weit, dass Griechenland als erster Euro-Staat zahlungsunfähig war, gefolgt von Portugal, Spanien, Zypern (Irland war ein Sonderfall). Nächste Kandidaten sind Italien und Frankreich.

## Verfehlt Rettungen

Also wirklich schwere Probleme, und sie wurden durch eine fast totalitäre Selbstermächtigungspolitik der Euro-Politiker noch schlimmer gemacht. Die Rede ist von der Rettungspolitik, mit der die Konkurse abgewendet wurden. Seither ist die Umverteilung von unten nach oben institutionalisiert. Bei der Staatenrettung wurden zudem die negativen Folgen der Konkursverschleppung heraufbeschworen; willkürliche Kursmanipulationen mit entsprechenden Abzocke-Möglichkeiten, Entsozialisierung der Reichen mit ihren notleidenden Ländern und Kapitalflucht. Und die Wettbewerbsfähigkeit soll herbeigeregelt und -subventioniert werden, ungeachtet der Reinfälle, die man damit erlebt hat (deutscher Aufbau Ost, italienische Förderung von Süditalien). Es funktioniert einfach nicht.

Nach einer Unendlichkeit von Wohltaten aus den »Rettungsschirmen« ist die Lage der Südländer schlechter als zuvor, die Troika jammert nach »greifbaren Fortschritten«, und selbst im disziplinierten Irland kriselt es. Wunder was, wenn die Rettungsgelder gar nicht bei der Bevölkerung gelandet sind - ganz zu schweigen von der arbeitslosen Jugend -, sondern praktisch nur bei den Banken. Die sitzen auf den Staatsanleihen der zahlungsunfähigen Länder und werden dadurch auch zahlungsunfähig. Die ganze Retterei gilt ihnen, egal wie sehr sie ihren Konkurs verdient haben. Die Euro-Politik will auch die letzte marode Investmentbank = Abzockerbank durchschleppen.

Stand der Dinge ist, die Banken sind nach fünf Jahren Krisenwirtschaft mit einer Rettungsaktion nach der anderen immer noch entsolidarisiert. Es ist quasi ihr Besitzstand, dass sie nur groß genug sein müssen, dann dürfen sie sich nach Belieben verzocken, und wenn sie pleite sind, werden sie gerettet. Der ursprüngliche Fehler ist institutionalisiert worden.

Theoretisch soll unter der ESM (realistische Übersetzung ist Europäische Schulden-Maschine) mit Hilfe der »Bankenunion« ein Konkursverfahren für systemrelevante Banken entwickelt werden, das genau die ökonomisch richtige Behandlung vorsieht. Doch während jener Teil der Bankenunion, der die Banken aus ESM-Mitteln subventioniert, schon in Kraft geht, sieht es für die artgerechte Abwicklung düster aus. Die Bankenlobby hintertreibt das massiv und hat schon Lücken und Ausnahmeregeln hineingetrieben. Mit dem Konkursverfahren wird für 2018 gerechnet. Man braucht also 10 Jahre für das Konkursverfahren, nachdem man 10 Tage für die Rettungsgeschenke gebraucht hatte, als die Krise hochkochte. Damals hat man das Unmögliche möglich gemacht, nur eben das Falsche und Schandbare.

### **Verfehlt Solidarität**

Wir werden zur Solidarität mit den Asozialen gezwungen. Die Finanzwelt übt sich in Steuerflucht, in Steuerbetrug und in systemgefährdender Abzocke. Alle Naselang tauchen neue Missbrauchsfälle auf. Kurse werden manipuliert (Libor). Anlegern werden Papiere angedreht, die nur den Banken nutzen. Geschäfte werden im Schattensbereich vor der Bankenaufsicht versteckt. Vom verbotenen Insider-Handel ist immer wieder die Rede. Aktuell ist die verbotene Absprache mit CDS (Kreditausfallversicherungen). Da machten die Banken schon von sich reden, indem sie mit CDS gegen ihre eigenen Kunden wetteten, weil es profitabler als Zinskassieren ist, wenn der Kunde pleite geht und die Kreditausfallversicherungen fällig werden. Überhaupt erlaubt die Deregulierung der Finanzwelt die Spekulation mit CDS, ohne den dazugehörigen Kredit zu haben - ein systemgefährdender Missbrauch. Und jetzt zeigt sich, dass auch noch dran manipuliert wurde. Die Abzocker lassen wirklich nichts aus. Trotzdem ist immer noch keine Rede davon, sie allgemein zur Wiedergutmachung heranzuziehen. Also müssen wir sie trotzdem weiter subventionieren. Mit unserer Jugend hat man sich dafür entsolidarisiert. Erst jetzt fällt den Politikern dazu was ein, aber nur was Billiges. Schulden darf man für die europäische Jugend nicht machen, nach 1,6 Billionen (diese Zahl wird jetzt am häufigsten erwähnt) für die Bankenkrise. Wieviel es wirklich kostet, weiß man nicht, es wird ja nie Rechenschaft abgelegt und Bilanz gezogen, geschweige denn dass die Risiken vorab kalkuliert werden und die Zahlen zur Entscheidung auf den Tisch kommen - eigentlich eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen.

Aber es geht eben nach dem Prinzip der politischen Willkür, wo sich die Politiker von der Bankenlobby breit-schlagen lassen. Leider erweist sich die politische Willkür als Korrektiv für ökonomische Probleme als superteuer und ineffizient. Daran ist schon der Kommunismus gescheitert, und nun läuft es bei der Euro-Ideologie in dieselbe Richtung. Für den Euro wurde vieles geopfert, Rechtsgehorsam, Demokratie, Gerechtigkeit, Selbstverantwortung und sozialer Friede. Die sozialen Kosten der Rettungsgeldabschöpfung sind untragbar, Jugendarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Infrastrukturverfall.

- *Gesetzestreue* gilt nur für die Allgemeinheit als Vorschrift. Die Finanzwelt ist weit weg davon und kassiert für die Schäden, die sie anrichtete, statt dafür zu bezahlen. Mangels passender Gesetze und Ausstattung hat die Justiz es schwer, sie dranzukriegen. Die Politik aber hält sich an nichts, was sie verspricht und unterschreibt. Deshalb ist es ungewiss, ob sie mit der Beseitigung der Missstände ernst macht.
- Die *Demokratie* wird missachtet, das EU-Parlament wurde ganz umgangen, die nationalen Parlamente wurden nur sporadisch befragt. Eine parlamentarische Opposition war unsichtbar, nicht mal die Linke opponierte. Erst jetzt gibt es in Deutschland eine Partei, die Opposition verspricht.
- *Gerechtigkeit* ist abgeschafft, das Verursacherprinzip gilt nicht mehr, stattdessen werden alle in Haftung genommen.

Wir werden haftbar gemacht für die Fehler der anderen - vor allem der Banker und der Politiker. Immer noch mehr Solidarität mit den Asozialen. Jaja, es wird ein bisschen dagegen angegangen, soweit die Bankenlobby sich nicht querlegt. Aber bisher ist noch nichts Einschneidendes passiert, und das nach fünf Jahren Bankenrettung. Was soll man zu solchen Politikern sagen, wie die mit den Missständen umgehen?

Tun sie was dagegen? Ja, sie tun so.

Schande, Schande.

Wilfried Müller